Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

8.1.1864 (No. 6)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 8. Januar.

Nr. 6.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

Hamburg, 6. Jan. (W. T.-B.) Die Bürgerschaft beschloß fast einstimmig, die zuversichtliche Erwartung auszusprechen, der Senat werde beim Bund für die Anerkennung Friedrich's stimmen. Der Senat wird dies thun. Die Bundestruppen werfen Schanzen dem Rendsburger Kronwerk gegenüber auf.

Hamburg, 6. Jan. (Allg. Ztg.) Die telegraphische Verbindung ist nordwärts wieder hergestellt. Der „Berling. Ztg." zufolge sind 4 eingeübte Infanteriereserven von 1853, 54 und 55, wie die freigelooste Infanterie von 1860/61 auf den 15. Jan. einberufen. „Fädrelandet sagt: Quaade, der von Berlin zurückberufene Gesandte, wird Vorstand des Auswärtigen.

△ **Hamburg**, 7. Jan. Den „Hamburg. Nachr." zufolge ist aus der einzigen noch fehlenden Stadt Heiligenhafen eine Huldigungsabordnung gestern in Kiel bei dem Herzog Friedrich angekommen; außerdem Deputationen aus vielen Landbezirken.

Ein dänischer Parlamentär verlangte am Dienstag 5. d. die Entfernung der schleswig-holsteinischen Fahne von der Schleusenbrücke zu Rendsburg. Er wurde abgewiesen.

† **Wien**, 7. Jan. Die „Konst. Oesterr. Ztg." erklärt die telegraphische Nachricht aus Frankfurt, Oesterreich beabsichtige einen Antrag auf Einschreiten des Bundes gegen den Ausschuß der Abgeordnetenversammlung, für unbegründet.

Deutschland.

Stuttgart, 6. Jan. (A. Z.) Die von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten in der Kammer der Abgeordneten am 31. Dezbr. gegebene Erklärung der Staatsregierung über die schleswig-holsteinische Angelegenheit ist auf den Antrag Mittnacht's an die staatsrechtliche Kommission verwiesen worden; der Bericht derselben (Berichterstatter Probst) wird so eben ausgegeben. Der einstimmige Antrag der Kommission heißt:

Die hohe Kammer wolle an die königl. Staatsregierung unter wiederholter Anerkennung ihrer Entschließung und der in Folge derselben eingeleiteten Schritte in der Sache der Herzogthümer die Bitte stellen, die kundgegebenen Ansichten mit allen Kräften zu verfolgen und deren Durchführung anzustreben; insbesondere aber a) auf die schleunigste Anerkennung des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein durch die deutsche Bundesversammlung hinzuwirken; b) der Auffassung, welche in dem österreichisch-preußischen Antrage zu finden ist, entgegenzuwirken, und dagegen die Besetzung Schleswigs im Sinne der Aufrechthaltung der unzertrennlichen Verbindung der Herzogthümer und der gleichmäßigen Erbfolge in denselben in Anspruch zu nehmen; c) jedem Versuch der Verweisung der schleswig-holsteinischen Frage an eine Konferenz außerdeutscher Mächte mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Mit vorstehendem Antrag glauben wir sodann den weitern verbinden zu müssen: Die hohe Kammer wolle im Hinblick auf die Möglichkeit, daß bei der allgemeinen Lage der Verhältnisse und der fortgesetzt unbefriedigenden Haltung der deutschen Großstaaten die Ausführung der zur entschiedenen Wahrung der Rechte Deutschlands und der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu erwartenden Bundesbeschlüsse die Kräfte der mittleren und kleineren deutschen Staaten in erhöhtem Maße in Anspruch nehmen könnte, ihren am 10. Dezbr. 1863 unter Ziffer 5 gefaßten Beschluß, durch welchen sie gegen die kgl. Staatsregierung die Bereitwilligkeit zur verfassungsmäßigen Bewilligung aller zu obigem Zweck erforderlichen Mittel ausgesprochen hat, insbesondere für den Fall wiederholen, daß die Mobilmachung des württembergischen Truppenkorps hiezu nothwendig werden sollte.

München, 5. Jan. (Frkf. P.-Ztg.) König Max hat diesen Nachmittag den neuernannten Gesandten Oesterreichs, Grafen Blome, empfangen, um dessen Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen. Wie der „Volksbote" mittheilt, wäre Graf Blome einer der thätigsten Wortführer für die dänisch-deutsche Gesammtstaats-Politik, so daß das Blatt es für jedenfalls bezeichnend hält, daß derselbe für München bestimmt wurde. Bestätigt sich die Angabe des „Volksboten", so würde die Stellung des Grafen an unserm Hof gerade keine sehr angenehme sein.

Augsburg, 4. Jan. Abg. Dr. Völk hat privatim eine für sich bestehende Sammlung für vertriebene und bedrängte Schleswig-Holsteiner eröffnet. In dem Aufruf sagt er:

Nicht um Reformverein oder Fortschrittspartei, nicht um liberal oder konservativ, nicht um Frankfurt oder Gotha handelt es sich hier, sondern um die heilige, große Sache der Rechte unserer Stammesgenossen im Norden und damit der Ehre unseres Vaterlandes und jeden deutschen Mannes.

Mainz, 5. Jan. (Frkf. P.-Ztg.) Dem Vernehmen nach werden von den großh. hessischen Truppen zwei Bataillone Infanterie (das 2. Bataillon des 1. Regiments und das 1. Bataillon des 3. Regiments) und 2 Schwadronen Chevauxlegers kriegsbereit gemacht.

Kassel, 4. Jan. (Fr. J.) Die Vertagung der Ständeversammlung dürfte ihren Grund vorzugsweise in dem Wunsche der Regierung haben, unliebsamen Interpellationen vorerst aus dem Wege zu gehen. Namentlich ist sie in der Frage wegen Beseitigurg der Jagdverordnung vom 26. Jan. 1854 durch die Entscheidung des hiesigen Obergerichts, welche den Ständen eine scharfe Waffe in die Hand liefert, in eine ungünstige Lage gebracht. Die offenbare Verfassungswidrigkeit nach jeder, der jetzigen wie der frühern, Verfassung liegt bei dieser Verordnung nahezu auf der Hand. Die Befürchtung vor Erhebung einer Ministeranklage wegen Verletzung des Oberappellationsgerichts-Gesetzes vom 17. Juni 1848 dürfte die Regierung bei der Vertagung weniger geleitet haben, da ihr nicht unbekannt geblieben sein wird, daß die Vermittlungsmänner, wie Wiegand, Weigel u. s. w., deren Parteistellung Hr. Bähr (um den es sich mit handelt) selbst angehört, entschieden sich gegen eine solche erklärt haben.

Elberfeld, 3. Jan. (Elberf. Ztg.) Dem Vernehmen nach ist an die inaktiven hiesigen Landwehr-Offiziere von Seiten des Bataillons in Essen die schriftliche Anfrage gestellt worden, ob sie im Fall eines Krieges gewillt seien, einzutreten.

Koburg, 3. Jan. Die „Kob. Ztg." schreibt berichtigend: In voriger Woche fand hier eine Zusammenkunft der Direktoren der österreichischen und bayrischen Staatsbahn, sowie der hannoverschen, hessischen und Werrabahn mit einem Offizier des österreichischen Generalstabes statt, welche die Verständigung über die bestmögliche Beförderung der österreichischen Truppen nach dem Norden zur Folge hatte. Hiernach werden, falls ein Durchmarsch stattfindet, österreichische Truppen ohne längern Halt hier durchfahren und nur in Lichtenfels und Eisenach Rast machen. Die vielen falschen Nachrichten, welche in auswärtigen Blättern über hier für bestimmte Tage angesagt gewesene Truppenmärsche zirkulirten, haben sich längst als falsch erwiesen.

Dresden, 5. Jan. (N. Pr. Ztg.) Lord Russell hat unter dem 17. v. M. eine Depesche an den hiesigen englischen Gesandten Murray gerichtet und ihn mit der Mittheilung derselben an den Minister v. Beust beauftragt, in welcher der englische Minister des Auswärtigen erklärt, mit Erstaunen von der Auffassung Kenntniß genommen zu haben, welche in Betreff des Londoner Vertrags geäußert worden sei.

Lord Russell erinnert, daß die Mächte, welche diesen Vertrag unterzeichnet oder demselben beigetreten wären, dadurch nicht allein gegen Dänemark, sondern auch gegen die Unterzeichner des Londoner Vertrags und diejenigen Staaten, die ihren Beitritt zu demselben erklärt hätten, als gebunden betrachtet werden müßten. Der erklärte Zweck des Vertrags habe nicht bloß die Beziehungen zwischen Dänemark und dem Deutschen Bunde regeln, sondern auch den allgemeinen Interessen Europa's dienen sollen. — Lord Russell will die Berechtigung Deutschlands, Dänemark zur Erfüllung der 1851/52 eingegangenen Verpflichtungen zu nöthigen, nicht in Abrede stellen; aber er gibt zu erwägen, daß dadurch eine mit andern Mächten eingegangene feierliche Vereinbarung nicht aufgehoben werden könne. Möchten immerhin die von Dänemark 1851/52 eingegangenen Verpflichtungen für Oesterreich und Preußen die Motive zum Abschluß des Londoner Vertrags gewesen sein; die Nichterfüllung der erstern gebe ihnen nicht das mindeste Recht, von dem Vertrag zurückzutreten; durch die Zulassung eines solchen Grundes würde vielmehr das Fundament aller europäischen Verträge umgestürzt werden. Jede Regierung, zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufgefordet, könnte nach dieser Auffassung einen Vertrag für aufgehoben erklären, wenn einer der Unterzeichner desselben seinen übernommenen Verpflichtungen nicht nachgekommen wäre. Der Dresdener Hof werde einsehen, daß bei solchen Grundsätzen, wenn sie zur Geltung kämen, die Existenz von Verträgen überhaupt illusorisch sein würde; das englische Kabinet müßte deßhalb den Rücktritt vom Londoner Vertrag Seitens der Mächte, die ihn unterzeichnet hätten oder ihm beigetreten wären, als im Widerspruch mit Treu und Glauben stehend auffassen. [Das Schlußraisonnement scheint durch Verwechslung an eine falsche Adresse gerichtet worden zu sein; es mußte sich offenbar nach Kopenhagen, und nicht nach Dresden wenden.]

Leipzig, 5. Jan. Die offiziöse „Leipzig. Ztg." veröffentlicht einen scharfen Artikel über die „groben, absurden" Ausfälle gegen die Mittelstaaten im Neujahrsabschied der Berliner „Kreuzzeitung". Die Politik der Mittelstaaten vertheidigt die „Leipz. Ztg." gegen gewisse Annexirungsgelüste. Die Einigkeit der deutschen Großmächte erweise sich z. B. als unheilvoll für Deutschland. Neben ihnen aber sei es allerdings möglich, daß die Mittelstaaten eine starke Phalanx zum Schutze der Ehre und Interessen Deutschlands bilden.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 3. Jan. (Hamb. N.) Einem aus guter Quelle kommenden Gerücht zufolge wird der mecklenburgische Bundestags-Gesandte, Geh. Legationsrath v. Bülow, einen dreimonatlichen Urlaub „aus Gesundheitsrücksichten" nehmen und während dessen durch den Geh. Ministerialrath v. Wickede aus Schwerin ersetzt werden.

Hamburg, 5. Jan. Die Proklamation, welche Christian IX. an die dänische Armee erlassen hat, lautet vollständig:

Soldaten! Unser erster Gruß in dem neuen Jahr sei an Euch! Es findet Euch unter Waffen zur Vertheidigung des Vaterlandes, und darum ist Euer König bei Euch. Das Vaterland hat in Eurem heimgegangenen Kriegsherrn, König Friedrich VII., einen schmerzlichen Verlust erlitten, und es wird auf vielerlei Weise bedroht; aber in Einem haben wir schon das volle Erbe Unseres Königlichen Vorgängers angetreten: in der Liebe zum Vaterland, darin stehen wir Niemanden nach! Unser Losungswort in diesem Augenblick sei die Ehre des Vaterlandes! Dieses theuerste aller Kleinode soll bewahrt werden; wenn es sich so fügen will, auf dem Weg des Friedens, und wenn es erforderlich ist, im Kampf durch Euch. Das unnöthige Opfer eines einzigen Menschenlebens ist zu viel; aber kein Leben ist zu kostbar zur Rettung des Vaterlandes. Aus dem vorigen rühmlichen Kampfe hat die Armee ihre erfahrenen, ausgezeichneten Führer, welchen das junge Heer, das den alten Kriegsruhm und den ausdauernden Muth des dänischen Soldaten ererbt hat, mit Vertrauen und Begeisterung folgen wird. Es ist nicht die Zahl, sondern der Muth und der unbedingte Gehorsam gegen die Befehle der Führer in allen Fällen, welcher den Sieg gibt. Vergeßt nie, daß der Herr des Himmels selbst in dem Schwachen stark ist, und hört, wenn der Kriegslärm tönt, die Stimme Eures Königs und Eures eigenen Herzens, welche ruft: Für die Ehre des Vaterlandes! Das Glück folgt dem Tapfern! Wir freuen uns, bald die verschiedenen Truppenkorps der Armee zu besuchen, welche jetzt ein Ganzes bilden sollen, und werden uns bestreben, auf jede Weise Euer Feldleben zu erleichtern. Gottorp, den 2. Jan. 1864. (gez.) Christian.

Hamburg, 5. Jan. Nach einer Kopenhagener Korrespondenz soll Kammerherr v. Quaade sich bereit erklärt haben, einstweilen ein Direktorium im auswärtigen Ministerium zu übernehmen, und, wenn erst der Bestand des Ministeriums, über dessen Bedeutung Niemand im Zweifel sein kann, gesichert sei, das Portefeuille des Auswärtigen annehmen zu wollen. Hr. v. Quaade hatte in Korsör bereits eine Unterredung mit Hrn. Monrad, dem neuen Conseilpräsidenten.

Kiel, 3. Jan. (Alt. Mrk.) Die Zahl der Deputationen, welche aus dem ganzen Lande hieherkommen, um dem Herzog Friedrich zu huldigen, wächst fortwährend. Bald wird kein größerer Ort zurück sein. Auch die Landdistrikte senden ihre Abgeordneten, so gestern die Wilster Marsch und die Kremper Marsch. Gestern waren hier auch Deputationen aus Marne und Rendsburg, heute eine vom Magistrat und Deputirtenkollegium in Neustadt. Die Zahl der einzelnen Beamten ꝛc., welche dem Herzog ihren Besuch machen, ist sehr groß. Heute waren hier unter Andern auch 4 Meister vom ehemaligen Rendsburger Arsenal, welche mit nach Schleswig hatten marschiren müssen, aber von dort entkommen sind. In Livland domizilirende Deutsche haben an Herzog Friedrich nach Gotha einen telegraphischen Neujahrswunsch gesandt, der von dort hier eingetroffen ist. Es heißt darin: „Wir stehen fest und halten treu zu Euch! Schleswig-Holstein hoch!" Die Umgebung des Herzogs mehrt sich fortwährend. Gestern ist hier ein Bevollmächtigter Sr. Hoh. des Herzogs Ernst von Koburg-Gotha, Dr. Tempeltey, eingetroffen, der dem Vernehmen nach hier bleiben wird. Die in der letzten Zeit von der dänischen Herrschaft suspendirten oder abgesetzten Beamten sind natürlich wieder in Funktion. Pastor Schrader predigte bereits wieder am Neujahrsabend. Zollkontroleur Lilienkron und die Zollassistenten Ivens und Wullenweber sind theils hier, theils anderweitig wieder angestellt.

Aus Holstein, 4. Jan. Ueber die Bedeutung der Ankunft des Herzogs Friedrich schreibt man der „Südd. Ztg.": Weder ist jemals daran gedacht worden, daß derselbe nur zum Besuch hieher komme, noch hat er selbst irgend einmal gesagt, daß er nur als Privatmann in's Land gekommen sei. Alles Das beruht auf Irrthümern oder Erfindungen leichtfertiger Berichterstatter, die möglicher Weise durch eine Aeußerung eines der Kieler Volksredner veranlaßt sein können. Es handelt sich um mehr als um einen Wechsel des Aufenthalts, es handelt sich in der That um die Schaffung einer vollendeten Thatsache.

Heide, 3. Jan. Dänische Truppen kommen noch täglich aus Friedrichstadt nach Dithmarschen hinüber, und es ist deßhalb von behördlicher Seite darauf angetragen, die Eidergrenze möglichst bald mit Bundestruppen zu besetzen. Heute Nachmittag ist der General v. Hake mit seinem Stabe von Rendsburg hierselbst eingetroffen; mit ihm kamen 2 sächsische Jägerbataillone, eine halbe Batterie und etwas Kavallerie.

Aus Angeln, 2. Jan. (Flensb. Ztg.) In den südlichen und mittlern Gegenden unseres Ländchens wimmelt jetzt Alles von Soldaten, deren Zahl man wohl auf 8- bis 10,000 Mann schätzen kann. In diesem Jahrhundert ist keine so große Truppenmasse in der Schleigegend versammelt gewesen, als eben jetzt. Auf der Angeler Seite der Schlei sind überall Kolonnenwege und an den schmalsten Stellen Verschanzungen angelegt.

Garding, 2. Jan. (A. N.) Am gestrigen Tage wurde hier, sowie in Tönning und Friedrichstadt den Eigenthümern der kleineren Eiderfahrzeuge (Bojen, Jollen ꝛc.) die Mittheilung gemacht, daß selbige ihre Fahrzeuge nach Friedrichsstadt zu bringen haben, indem mittelst derselben bei Schwabstedt eine Pontonbrücke hergestellt werden soll. Wegen des starken Eisgangs in der Eider sollen die Schiffe nicht alle ihren Bestimmungsort erreicht haben.

Berlin, 5. Jan. (Nat.-Ztg.) Die Anleihekommission des Hauses der Abgeordneten hat gestern Sitzung gehalten. Die Minister v. Bismarck und v. Bodelschwingh waren persönlich anwesend, der Kriegsminister durch einen

Kommissär vertreten. Der Ministerpräsident hat sich mehrmals an der Diskussion betheiligt, jedoch bestimmte Mittheilungen so wenig als früher gemacht. Nur so viel schien sich zu ergeben, daß von einer Lossagung vom Londoner Protokoll, welche früher noch in Aussicht gestellt wurde, jetzt nicht mehr die Rede ist, obwohl die Verfassung für Dänemark-Schleswig am 1. Januar nicht zurückgenommen worden ist. Hr. v. Bismarck wiederholte wieder seine alte Theorie, daß die Vereinbarungen von 1851 bis 1852 Preußen allein das Recht gäben, sich um Schleswig zu bekümmern, und daß der Schutz für die Deutschen Schleswigs davon abhänge, daß Preußen diese Vereinbarungen aufrecht erhalte. Es wurde nochmals ignorirt, daß diese Vereinbarungen gerade das alte, die untrennbare Verbindung Schleswig-Holsteins in sich schließende Landesrecht zerstört haben. Wenn jetzt die Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogthümern gelöst wird, so hört freilich das illusorische Schutzrecht auf, welches Deutschland durch die Vereinbarungen von 1851 und 1852 erlangt hat; aber Niemand wird dann auch künftig noch diesen Schutz anrufen. Noch bestimmter als früher bestritt Hr. v. Bismarck auch die Kompetenz des Deutschen Bundes. Politische Fragen seien keine Rechtsfragen, nur Machtfragen; Preußen könne sich nicht majorisiren lassen, etwa durch eine Majorität, die ein paar Millionen repräsentire; die deutschen Großmächte seien das Glashaus, welches den Deutschen Bund vor europäischem Zugwind schütze. Doch fügte er dann hinzu, das Alles seien nur Erwägungen, um die Sache von allen Seiten zu beleuchten; ihre Entschließung müsse sich die Regierung vorbehalten. Nach Allem wurden keine bindenden Erklärungen über die Politik der Regierung gegeben, dennoch aber die bedrohlichsten Aussichten eröffnet. Schließlich bemerkte der Ministerpräsident, das Haus werde hoffentlich die geforderten Mittel bewilligen, sonst würde sich das Ministerium gezwungen sehen, die Mittel zu nehmen, wo es sie finde. — Seitens der Ministerien der Finanzen und des Kriegs sind auf Erfordern noch nähere Mittheilungen über die einzelnen Vertheidigungsmaßregeln und die Berechnung der dazu geforderten Mittel in Aussicht gestellt; die Kommission wird diese Mittheilungen in ihrer nächsten Sitzung am Donnerstag entgegennehmen.

Berlin, 5. Jan. Man telegraphirt der Wiener „Presse": „Wie verlautet, hat Hr. v. Bismarck sich mit dem Grafen Rechberg über die in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit einzunehmende gemeinsame Haltung verständigt. Oesterreich und Preußen werden am Bunde erklären, daß sie an der eventuell zu beschließenden Okkupation Schleswigs sich nur in dem Fall zu betheiligen vermöchten, wo lediglich sie (Oesterreich und Preußen) mit der Ausführung derselben betraut werden würden. (Also Okkupation durch die Großmächte allein oder durch das „eigentliche Deutschland" allein. D. Red. d. „Presse".)

Berlin, 6. Jan. (Fr. J.) Die gestern in der Anleihekommission vom Minister v. Bismarck abgegebenen Erklärungen lassen über die Richtung der preußischen Politik in der schleswig-holsteinischen Sache keinen Zweifel mehr aufkommen. Der Ministerpräsident erwiederte auf die Frage, ob und wann ein Rücktritt Preußens vom Londoner Protokoll zu erwarten stünde, es werde mit dem Moment der Lossagung von den Verträgen jede Möglichkeit genommen, für Schleswig wirksam zu operiren. Schleswig eventuell zu besetzen, seien die deutschen Mächte nur so lange in der Lage, als jenes Protokoll für sie noch existire. Er wolle zugeben, daß das Protokoll schlecht sei; doch dasselbe lasse sich vom Wiener wie fast von allen Verträgen sagen. Um Verträge lösen zu können, bedürfe es der Gewalt der Bajonnette; deren aber hätten Frankreich, Rußland und England mehr, wie Preußen. Fasse der Deutsche Bund über die Erbfolge Beschlüsse zu Gunsten des Augustenburgers, so werde Preußen diesem Beschlüsse sich nicht fügen. Einmal verbiete dies seine Stellung als Großmacht, und dann auch bestreite Preußen dem Bunde das Recht der Entscheidung über die Erbfolge in den Herzogthümern. Von einigen Mitgliedern der Anleihekommission wurde vorgeschlagen, diejenige Summe zu bewilligen, deren Preußen als Glied des Bundes als Beitrag zur Bundesexekution benöthigt sei. Auf die Bemerkung Meibauer's, daß es sich um die Ablehnung oder Bewilligung der zwölf Millionen handle, und daß das Haus nicht gewillt sein werde, diesem Ministerium Geld anzuvertrauen, erklärte dann der Minister v. Bismarck weiter, er nehme Akt hievon mit dem Bedauern, daß das preußische Abgeordnetenhaus bei einer so wichtigen nationalen Frage, wie der schleswig-holsteinischen, nicht einmal ein so untergeordnetes Moment, wie das des Mißtrauens gegen das zeitige Ministerium, überwinden könne. Da der Minister jede Aufklärung darüber schuldig blieb, in wie weit das Haus auf die Durchführung einer Politik im nationalen Sinn rechnen könne, so trennte sich die Kommission mit dem Entschluß, dem Hause die Ablehnung der Anleihe zu empfehlen. Heute Abend ist nochmals Kommissionssitzung.

◊ **Berlin,** 6. Jan. Die drei preußischen Kriegsschiffe, welche im Sommer nach dem Mittelmeer entsandt wurden, haben vor einigen Wochen den Befehl erhalten, nach der Ostsee zurückzukehren. Dieselben befinden sich schon seit dem 19. Dez. auf der Rückfahrt und werden demnächst im Hafen von Swinemünde erwartet. — Auf dem ganzen Gebiet des preußischen Marinewesens wird fortdauernd mit Eifer an der Vervollständigung der Kriegsbereitschaft gearbeitet. In Danzig und Stralsund sammeln sich die Reservisten des Seebataillons, sowie die Mannschaften der Seewehr 1. Aufgebots bis zum 32. Lebensjahr. Außerdem werden an beiden Orten auch die neu ausgehobenen Rekruten des Seebataillons und die sonstigen jungen Ersatzmannschaften für den Marine-Seedienst zusammengezogen und eingestellt. Die Aushebungs- und die Landwehr-Behörden sind angewiesen worden, die schifffahrtskundigen Wehrpflichtigen, welche zum Eintritt in andere Truppentheile bestimmt sein sollten, der Marine zu überweisen. Dabei sollen die Gestellungsbefehle für Schiffsführer, Steuerleute und Maschinisten auf Danzig ausgefertigt werden, um dieselben dort je nach ihrer Befähigung zu Auxiliaroffizieren auszubilden, bezw. in der Handhabung von Schiffsgeschützen und Maschinen zu unterrichten. Der Ruder-Kanonenboot-Flottille, welche unter dem Befehl des Korvettenkapitäns Hassenstein bei Swinemünde stationirt ist, werden zur rascheren Bewegung 6 Dampfschiffe von geringem Tiefgang beigegeben. Die Erwerbung dieser Dampfschiffe aus Privathänden ist bereits im Gange.

Gutem Vernehmen nach wird die Generalkonferenz des Zollvereins, welche kurz vor dem Weihnachtsfest ihre Berathungen unterbrochen hat, am 19. d. M. hier in Berlin wieder zusammentreten. — Der Regierungspräsident in Bromberg, Frhr. v. Schleinitz, ist nunmehr definitiv zum Präsidenten der Regierung in Trier ernannt worden. Binnen kurzem steht auch die Wiederbesetzung des erledigten Polizeipräsidiums zu Königsberg zu erwarten. Als Kandidaten für diese Stelle bezeichnet man jetzt den Landrath v. Leipziger in Aschersleben. — Se. Durchl. der Prinz Nikolaus von Nassau, welcher vor mehreren Tagen aus Wiesbaden hier angekommen war, hat gestern seine Reise nach St. Petersburg fortgesetzt.

Wie verlautet, soll die kürzlich angeordnete Konzentrirung der 13. Division (Münster) in der Priegnitz zu Ende dieser Woche ihren Anfang nehmen. Zugleich wird versichert, daß ein großer Theil der Truppen dieser Division alsbald nach der Gegend von Lübeck werde weiter befördert werden. Sonst gut orientirte Personen wollen wissen, es sei schon der Beschluß gefaßt, daß in naher Zukunft auch preußische und österreichische Truppenkorps in Holstein einrücken sollen, und zwar nach dem Norden des Herzogthums. Wohl nicht mit Unrecht bringt man dies Vorhaben mit der in Aussicht genommenen Besetzung des Herzogthums Schleswig in Zusammenhang. — Se. Maj. der König besuchte gestern Abend zum ersten Mal nach seinem neulichen Unwohlsein wieder das Theater. — In der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses, welche auf Montag den 11. d. M. anberaumt ist, wird der Etat des Kriegsministers zur Berathung kommen.

Wien, 2. Jan. Der „Deutsch. Allg. Ztg." wird von hier geschrieben: „Die Anregung zu der Anrufung eines Einschreitens des Bundes gegen das Auftreten des Herzogs Friedrich in Holstein ist von außen gekommen; Lord Bloomfield hat in einer ungewöhnlich lebhaften, die Formen des hergebrachten diplomatischen Verkehrs nahezu verletzenden Weise den Gegenstand zur Sprache gebracht; daß in Berlin und in Frankfurt dasselbe geschehen, wird wohl als selbstverständlich zu betrachten sein. Hier in Wien würde man ohne eine solche äußere Veranlassung die Sache ignorirt haben, nachdem der Herzog Sorge getragen, durch Hrn. v. Wydenbrugk versichern zu lassen, daß er nichts weniger als eine faktische Besitzergreifung vorzunehmen oder überhaupt irgendwie den Entschlüssen des Bundes vorzugreifen beabsichtige, und daß sein Aufenthalt in Holstein nur ein äußerst bemessener sein werde. In Berlin scheint seine Reise in den höchsten Kreisen sogar vorher gekannt und wenigstens nicht entschieden gemißbilligt gewesen zu sein; Hr. v. Bismarck freilich ist so vollständig überrascht worden, wie Graf Rechberg. Eine Zumuthung an den Dresdener Hof, Hrn. v. Könneritz kurzer Hand anzuweisen, in der den Umständen entsprechenden Form sofort die Entfernung des Prinzen zu veranlassen, wurde dort mit der Hinweisung abgelehnt, daß Hr. v. Könneritz in seiner jetzigen Stellung nur aus Frankfurt Weisungen zu empfangen habe. In Hannover war man in der Sache selbst williger, scheint aber ohne ein Einvernehmen zwischen den beiden Bundeskommissären nicht haben handeln zu wollen. So blieb denn, da die Angelegenheit ohne Geräusch einmal nicht zu erledigen war, nur der jetzt betretene Weg eines Antrags in Frankfurt übrig, und derselbe ist, wie versichert wird, erst dann betreten worden, nachdem eine unter der Hand nach Kiel gegangene Mahnung erfolglos geblieben."

Wien, 4. Jan. Wenig übereinstimmend mit der Sprache der „Generalkorrespondenz" läßt sich ein anderes offiziöses Organ, die „Prager Morgenpost", über die schleswig-holsteinische Frage vernehmen. Sie schreibt:

Nur noch wenige Tage, und der Rubikon oder wenigstens die von vielen Seiten als Rubikon in der deutsch-dänischen Frage bezeichnete Linie ist überschritten; nur noch wenige Tage, und die Exekutionstruppen sind auch in Schleswig einmarschirt, die Exekution in Holstein ist in eine Okkupation beider Herzogthümer verwandelt. Mit diesem Schritt tritt die Herzogthümerfrage und das Verhältniß der beiden deutschen Großmächte zu derselben in ein neues Stadium, neu nach innen sowohl als nach außen. Nach innen, weil mit diesem Augenblick sich die bisherige Grundlage, auf welcher bis jetzt operirt wurde, um die Wahrung der Rechte Deutschlands in den Herzogthümern zu erzielen, wesentlich verändert, wenn auch noch nicht vollständig verschwindet, und sich für die beiden Großmächte die Möglichkeit ergibt, in höherem Maße in ihrer Eigenschaft als Glieder des Bundes zu handeln, indem sich die Fessel, welche sie bisher an das Protokoll kettete, wesentlich lockert.

In Bezug auf England wird u. A. gesagt:

Die Geschichte der englischen Sympathien für Polen hat es gezeigt, wie langsam in dem dampfbeflügelten Albion der Weg vom Hilfeversprechen bis zum Hilfeleisten zurückgelegt wird, und Dänemark ist noch lange nicht Polen! Denjenigen aber, welche bei dem Lesen des bekannten Telegramms schon eine gelinde Furcht vor einer Blokade unserer norddeutschen Häfen beschlich, möchten wir doch zu bedenken geben, daß die Engländer doch nicht gar so unpraktisch sind, aus guter Freundschaft für Dänemark sich selbst die Rückkehr zu ihren deutschen Handelsfreunden zu verbarrikadiren. Eine Blokade Hamburgs wäre ebenso gegen England selbst, wie gegen Deutschland gerichtet. Wenn wir die Natur der Hilfe analysiren, welche England dem Dänenkönig zu bieten in die Lage kommen könnte, so müssen wir fast glauben, daß England den König Christian in Kopenhagen gegen das Eiderdänenthum schützen wolle. Das würde allerdings dem verwandtschaftlichen Verhältniß der englischen und deutschen Königsfamilie ebenso, als dem Sinn der neuesten Note Russell's entsprechen u. s. w.

Es dürfte wohlgethan sein, sich durch Vorstehendes nicht bezüglich der Bedeutung und Tragweite des bekannten Artikels der „Generalkorresp." irre machen zu lassen.

Wien, 4. Jan. Ein steiermärkischer Korrespondent theilt den nachstehenden Erlaß des Statthalters von Steiermark mit:

Bei der durch die schleswig-holsteinische Frage entstandenen Erregung der Gemüther ist zu besorgen, daß auch die bestehenden Vereine, namentlich diejenigen, bei denen ohnedies eine starke Hinneigung zu politischen deutsch-nationalen Tendenzen vermuthet wird, wie z. B. gewisse Turn- und Gesangvereine, sich zur Ueberschreitung der Statuten durch politische Demonstrationen hinreißen lassen werden.

Bei dem Umstande, als der berechtigten öffentlichen Meinung durch die gesetzlichen politischen Vertretungskörper und durch die freie Presse hinreichende Gelegenheit, zum ungeschmälerten Ausdruck zu kommen geboten ist, die Regierung aber nicht zugeben kann, daß auf ihre Entschließungen durch zu keiner politischen Thätigkeit berufene Korporationen, welche sich ebenso einer andern Frage im regierungsfeindlichen und staatsgefährlichen Sinne bemächtigen könnten, ein Druck zu üben versucht werde, ersuche ich in Gemäßheit hohen Auftrages des Polizeiministeriums d.do. 3. l. M., Nr. 7513, den Hrn. k. k. Bezirksvorsteher, den bestehenden Vereinen die Abhaltung eigener Versammlungen zur Verhandlung der gedachten Frage oder auch deren Besprechung in den regelmäßigen Vereinsversammlungen nicht gestatten, auf die Verhinderung derartiger Versuche durch Einflußnahme auf die Vereinsleiter hinwirken, im Nothfall aber, wenn derartige Ausschreitungen dennoch vorkämen, dagegen sofort mit allem Nachdruck einschreiten zu wollen.

Einschlägige Vorfälle wollen der Hr. k. k. Bezirksvorsteher unverweilt zur hierortigen Kenntniß bringen, und überhaupt von nun an regelmäßig und schleunigst alle Wahrnehmungen, welche man im dortigen Verwaltungsbezirke über die Haltung des Publikums in Betreff der schleswig-holsteinischen Frage machen sollte, hieher mittheilen.

Graz, 5. Dez. 1863. Strassoldo m. p.

Wien, 5. Jan. Die „Generalkorresp." bringt heute wieder einen halbamtlichen Artikel über die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Derselbe lautet:

Als Oesterreich gemeinschaftlich mit Preußen den Antrag stellte, die Besetzung Holsteins eventuell auf Schleswig auszudehnen, war es sich vollkommen bewußt, daß durch die Annahme des Antrags eine Situation geschaffen werden kann, aus welcher möglicher Weise der europäische Krieg hervorgeht. Gleichwohl nahm es keinen Anstand, zu einem Schritt von so ernster Bedeutung die Initiative zu ergreifen, weil es das Recht Gesammtdeutschlands, welches durch eine Inkorporation Schleswigs in Dänemark verletzt wird, auf jede Gefahr hin zu wahren entschlossen ist; es zögerte nicht, den deutschen Interessen und seiner Bundespflicht manche gewichtige Rücksichten unterzuordnen. Um so mehr muß es darauf sehen, daß die Bedeutung und der Sinn der Maßregel nicht alterirt werde. Die Inpfandnahme Schleswigs soll den Zweck haben, Dänemark zur Achtung der Rechte Deutschlands zu nöthigen, Schleswig also eine selbständige Stellung im Verbande der dänischen Monarchie zu sichern. Die Inpfandnahme sollte ein Mittel zur gerechten Lösung der Verfassungsfrage sein, die Erbfolge-Frage nicht berührend. Letztere sollte dadurch so wenig präjudizirt werden, als durch die Bundesexekution in Holstein. Der Entscheidung, wer künftig in den Herzogthümern regieren wird, dürfte damit weder rechtlich noch thatsächlich vorgegriffen werden.

Dies ist der Sinn des österreichisch-preußischen Antrags und die Voraussetzung, unter welcher er gestellt war. Es läßt sich jedoch nicht verkennen, daß die neuesten Ereignisse in Holstein den Stand der Dinge mehr und mehr zu verschieben beginnen. Herzog Friedrich von Augustenburg erläßt in Kiel Proklamationen „an seine Unterthanen", empfängt Deputationen und Körperschaften aus Holstein und Schleswig, nimmt Huldigungsakte entgegen, und legt sich bereits die Organismen zurecht, die erforderlich sind, um alsbald die Regierung zu ergreifen. Das ist weder einfache Uebung des „Heimathsrechts", noch die bloße That eines „Privatmannes". Ein großer Theil der Presse in Deutschland sympathisirt lebhaft mit diesen Bestrebungen; es wird in sichere Aussicht gestellt, daß die „kommissarische" Verwaltung Holsteins binnen kurzem „ohne alles Geräusch" durch die „landesherrliche" werde ersetzt werden. Darin liegt eine vollständige Inversion des Bundesbeschlusses vom 7. v. M. Hier handelt es sich nicht mehr darum, ob die Ansicht der Mehrheit oder der Minderheit am Bunde zur Geltung gelangen soll: es wird über das Majoritäts- und Minoritätsvotum hinausgegriffen. Hiemit ist der Standpunkt sowohl der Exekution als der Okkupation überholt: es wird da nicht mehr die Rechts-, sondern die Machtfrage gestellt, und die Succession vorweg faktisch entschieden, ehe der Bund schlüssig geworden ist.

Ein solcher Verlauf der Begebenheiten muß gerade bei Denjenigen schwere Bedenken erwecken, welche wünschen, daß die Angelegenheit der Herzogthümer eine den nationalen Interessen Deutschlands entsprechende Lösung erhalte. Die gesetzliche Bahn ist damit verlassen und der Einmischung des Auslandes Thür und Thor geöffnet. Und Das geschieht in einer Zeit, wo der Bund eben daran gehen soll, Maßregeln wegen Schleswig zu beschließen und zu ergreifen. Schleswig liegt außerhalb des Bundesgebiets, und man darf nicht vergessen, daß der Art. 35 der Wiener Schlußakte dem Bund das Recht des Kriegs und Friedens nur zu seiner und der Bundesmitglieder Vertheidigung gestattet. Ein Einmarsch der Bundestruppen in Schleswig würde — wohlbemerkt unter dem Gesichtspunkt, daß der Herzog von Augustenburg sich als faktischer Beherrscher Holsteins und zugleich als Prätendent auf Schleswig installirt — als ein Angriffskrieg des Bundes zur Eroberung eines fremden, d. h. nicht zum Bund gehörigen Territoriums zu Gunsten nicht einmal eines wirklichen, sondern bloß eines präsumtiven Bundesglieds erscheinen.

Wir haben diese Erwägungen hier ausgeführt, vorläufig ohne daraus andere Konsequenzen zu ziehen, als daß durch die letzte Wendung der Dinge die korrekte Entwicklung derselben und die Aktion der deutschen Großmächte in hohem Grade erschwert wird. Es ist vielfach — wir geben zu, von anerkannt patriotischer Seite — die Ansicht ausgesprochen worden: nichts weiter sei nöthig zur gedeihlichen Lösung der Frage, als daß man die Mittelstaaten vorgehen lasse und sie lediglich nicht behindere.

Wir versetzen uns auf diesen Standpunkt; wir nehmen an, daß die militärische Macht des nicht-österreichischen und nicht-preußischen Deutschlands ausreiche, um in Schleswig-Holstein eine vollständige, die weit reichenden Wünsche des deutschen Volks befriedigende Entscheidung herbeizuführen. Aber was dann? Schmeichelt sich Jemand mit der Hoffnung, daß das Ausland die Gelegenheit nicht benützen werde, um gegen das mit allen seinen Kräften an der Elbe und Eider engagirte Drittel Deutschlands eine bewaffnete Diversion zu machen? Werden die Mittelstaaten auch die Kraft haben, solche Angriffe — Angriffe auf die Integrität und Unabhängigkeit unbestritten zum Deutschen Bunde gehörigen Gebietes — abzuweisen? Wir zweifeln daran. Die Aufgabe, den Deutschen Bund gegen die Chancen europäischer Verwick-

lungen zu decken, fiele dann doch nur den deutschen Großmächten zu, und es erweise sich als eine einfache Täuschung, zu glauben, daß die Mittelstaaten im Stande seien, die Aktion gegen Dänemark und dessen allfällige Alliirte auf ihre eigene Gefahr und Rechnung glücklich zu Ende zu bringen. Das sind Erwägungen, denen sich unseres Erachtens besonnene Freunde des deutschen Gesammtvaterlandes nicht verschließen sollten und welche auf die Haltung Oesterreichs nicht ohne Einfluß bleiben können.

Frankreich.

♁ **Paris**, 6. Jan. Der „Constitutionnel" bringt heute einen Artikel aus der offiziösen Feder des Hrn. Paulin Limayrac, bestimmt, darzulegen, daß Frankreich gegen die von England vorgeschlagenen Spezialkonferenzen wegen des dänisch-deutschen Streites keine Einwendungen erhebt, obgleich — oder vielleicht weil — es davon kein Ergebniß erwartet.

Was würde — sagt der „Constitutionnel" — der Vertreter des Deutschen Bundes bei den Konferenzen thun, wenn Oesterreich und Preußen bei den Abmachungen des Londoner Protokolls beharren? Würden diese beiden Mächte zur Gewalt schreiten wollen, um den Widerstand ihrer Bundesgenossen zu beseitigen? Das wäre der Bürgerkrieg in Deutschland. — Möchte man, um dem Gang der Ereignisse (während der Konferenzen) entgegenzutreten, Gewaltmaßregeln anwenden? Es steht zu befürchten, daß es zu spät wäre. Ist es außerdem thunlich, dieselbe Angelegenheit vor die Konferenzen und vor den Bundestag, denselben Prozeß vor zwei Gerichten zu bringen? Wo wäre der Gerichtshof, bei kontradiktorischen Entscheiden zu urtheilen? . . .

Die Diskussion über die Supplementarkredite wird nächsten Freitag beginnen. Da man sich in der gestrigen Sitzung dahin verständigte, die Diskussion der politischen Fragen für die Adreßdebatten, und nur die finanzielle Seite in Betracht zu ziehen, so wird wahrscheinlich eine Sitzung zur Diskussion genügen. „Wir wollen nur unsere Ansicht sagen," bemerkte richtig Hr. Thiers, „und dann votiren, denn das Geld ist ja bereits ausgegeben." — Sie erinnern sich des russenfreundlichen Paragraphen im Adreßentwurf. In einer ersten Redaktion hatte Hr. v. Morny dies noch viel entschiedener ausgesprochen; es hieß: „Der lebhafte Wunsch Frankreichs ist, das Vertrauen und die Freundschaft Rußlands zu erlangen" (de se concilier etc.). Dies war selbst der Kommission zu stark und wurde verworfen; in seiner jetzigen Fassung aber entspricht der Paragraph hinsichtlich Polens den Ansichten der Regierung. Zu dem Mexiko betreffenden Paragraphen wurde so eben von Jubinal, Las Cases u. A. ein neues Amendement gestellt; die Regierung weiß sehr wohl, daß der einstimmige Wunsch des Landes, diese abenteuerliche Expedition raschest beendet zu sehen, in der Kammer ein starkes Echo finden wird. — Hr. Thiers und seine Freunde werden gleichfalls ein Amendement über die offiziellen Kandidaturen stellen. Der Zweck dieses Amendements ist lediglich, Hrn. Thiers Gelegenheit zu bieten, eine Rede über die Nothwendigkeit der Abschaffung der offiziellen Kandidaturen halten zu können.

Die kaiserl. Regierung hat in Rom den Antrag gestellt, dem Bischof von Nimes, dessen Einfluß, wie es scheint, dem Hrn. Präfekten sehr unbequem ist, eine andere Diözese anzuweisen. Der Papst ging auf diesen Antrag nicht ein. — Der bekannte Prediger P. Gratry tritt als Kandidat für die Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften auf. — Die gestrigen Mittheilungen über die Verhaftung zweier Italiener bestätigen sich. Die Verhafteten wohnten in einem Gasthofe 3. Rangs, dem „Hotel d'Athenes". — Der Kaiser und die Kaiserin liefen gestern im Boulogner Wald Schlittschuhe. — Die „France" hat Nachrichten aus London erhalten, welche das Gerücht, ein englisches Geschwader solle zum Schutz der Küsten Dänemarks nach der Ostsee abgehen, auf's bestimmteste widerlegen.

Gestern Abend ereignete sich ein schwerer Unfall auf der Nordbahn. Ein von Paris kommender Zug stieß bei der Station Pierrefitte auf einen Zug von Calais kommend. Die Gesellschaft gibt die Zahl der Todten auf 5, die der Verwundeten auf 19 an. Augenzeugen versichern, daß sowohl die Zahl der Todten als der Verwundeten größer sei; in einem Wagen allein blieben 6 Personen todt. — Ebenfalls gestern Abend bemerkte man eine starke Feuerröthe am Himmel. Die Holzgebäude der schwimmenden Sommerbäder waren im Hafen von Bercy, ihrer Winterstation, in Brand gerathen.

Die Börse eröffnete flau: Rente 66.60. Mob. 1030. Erstere stieg jedoch auf 66.75, das Comptant blieb übrigens flau zu 66.50.

Dänemark.

Kopenhagen, 5. Jan. (Indep. Belg.) 14,000 Mann von der Reserve sind unter die Waffen gerufen worden.

Rußland und Polen.

Warschau, 6. Jan. (W. T.-B.) Eine Regierungsverordnung verfügt die Sequestrirung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens aller Theilnehmer am Aufstande. Außer der frühern Kontribution wird dem höhern Klerus eine neue auferlegt, und zwar den Bischöfen und Administratoren eine solche von 18 Proz., den Canonicis eine solche von 6 Proz. ihres Einkommens.

Großbritannien.

* **London**, 5. Jan. Die „Times" enthält folgende Zuschrift von einem preußischen Abgeordneten, welche wir nur darum von Interesse halten, weil dieses Blatt ihr Aufnahme gewährt hat:

Sir! Wollen Sie ein Wort anhören zur Vertheidigung eines politischen Körpers, dessen „Inkonsequenz" Sie loben, obgleich Sie dieselbe nicht „würdevoll" nennen können? Sie denken, daß wir zuerst unsern Verfassungsstreit mit dem König fallen ließen und Se. Majestät zu einer bewaffneten Einmischung in den Herzogthümern drängten, und dann (glücklicher Weise, nach Ihrem Dafürhalten) die zu dieser Einmischung erforderlichen Gelder verweigert haben.

Erlauben Sie mir hierauf Folgendes zu bemerken: 1) Wir haben keine Gelder verweigert. In Folge der Weihnachtsferien ist die Anleihe-Bill noch nicht einmal in dem hiezu eingesetzten Ausschuß zur Erörterung gekommen. 2) Wir sind bereit, den an uns gestellten Forderungen der Bundesbehörden zu entsprechen. Die Summe, welche der Frankfurter Bundestag im vorliegenden Fall von Preußen fordert, beläuft sich auf ungefähr 500,000 Pfd. Strlg. Wir sind bereit, zu gestatten, daß diese halbe Million aus den Koffern des Staatsschatzes genommen werde, in welchem, gegen alle Prinzipien der Staatswirthschaft und trotz der wiederholten Vorstellungen mehrerer Kammern nach einander, an 3 Mill. Pfd. St. sich angehäuft haben und todt liegen. 3) Wir sind nicht nur bereit, die zum Küstenschutz nothwendigen Subsidien zu bewilligen, sondern über die Vernachlässigung, welche sich die Behörden in diesem Punkt zu Schulden kommen lassen, nicht wenig entrüstet. Auch diese Gelder sollten ohne Zweifel aus dem Staatsschatz genommen, nicht durch eine Anleihe aufgebracht werden. 4) Es ist wahr, was die weitere Verwendung der verlangten Anleihesumme von 1,800,000 Pfd. St. betrifft, so sind wir gar nicht zum Ja-sagen geneigt.

Indem ich dies kurz erkläre, nehme ich mir vor, klar zu sein, nicht mich angenehm zu machen.

Was wir wünschen, ist, daß die Herzogthümer Schleswig und Holstein in ihrem Streben, von Dänemark vollständig loszukommen, unterstützt werden. Wir freuen uns daher, daß ihr letzter rechtmäßiger Landesherr von dänischer Abkunft aus diesem Leben geschieden und daß ein zur Erbfolge in den Herzogthümern allein berechtigter Fürst vorhanden ist. Man würde wahrscheinlich von den Rechten der Herzogthümer oder ihres Herzogs gar nicht reden, wenn die Bevölkerung nicht durch Jahre langen aktiven oder passiven Widerstand, durch blutige Kämpfe und Opfer aller Art gezeigt hätte, daß sie in ihrer treuen Anhänglichkeit weder wankt, noch getheilt ist, und wenn der junge Herzog nicht Beweise von echter Thatkraft und verfassungsmäßiger Gesinnung geliefert hätte. Da das Land und sein Herzog einen unnachgiebigen und gewissenlosen Feind, keine Waffen und Verbündete haben, so suchen wir ihnen an dem Deutschen Bunde einen Freund zu gewinnen. Wir arbeiten darauf hin, aus der preußischen Regierung ein Werkzeug für diese Politik zu machen.

Hierin wie in allem Andern arbeiten wir vergebens. In dieser, wie in allen andern Angelegenheiten setzt Hr. v. Bismarck seinen Stolz darein, in geradem Widerspruch mit unsern Ansichten zu handeln. Für ihn sind die Urheber dieser (sehr sanften) Agitation die Demokraten von 1848, die einen Vorwand zum Sturz der konservativen Herrschaft suchen. Für ihn sind die deutschen Regierungen, die dem Verlangen ihres Volkes beigestimmt haben, nichts als Verschwörer gegen Preußens Unabhängigkeit. In seinen Augen wäre die Schöpfung eines neuen, zugleich an der Ost- und Nordsee liegenden norddeutschen Staates eine Aussicht auf einen neuen Gegner Preußens. Ihm endlich wäre nichts angenehmer, als wenn er einen anständigen Vorwand zur Anerkennung Christian's IX. als Herzog von Schleswig und Holstein entdecken könnte.

Daß Hr. v. Bismarck so denkt, ist keine bloße Vermuthung. Er hat mit seiner zum Sprichwort gewordenen Redseligkeit und Unvorsichtigkeit jene Meinungen ohne Scheu gegen Fremde ausgesprochen, die sich nicht verpflichtet glauben, ihre Entdeckungen dem Publikum vorzuenthalten. Wenn er durch solche Ansichten sich Ihrem Vertrauen empfiehlt, wie dies wahrscheinlich der Fall ist, so haben wir darüber nichts zu bemerken. Aber, nach unserer unmaßgeblichen Meinung, wird er dadurch unfähig, ein preußischer Minister zu sein; und folglich glauben wir nicht jenen Theil der verlangten Subsidien bewilligen zu können, der sich auf die möglichen Anforderungen eines Krieges bezieht, den wir durch eine feste Haltung entweder abzuwenden oder für, nicht gegen die Rechte und den Willen der Herzogthümer zu führen wünschen.

Berlin, 31. Dezember 1863.

Ein preußischer Abgeordneter.

Amerika.

* **Neu-York**, 24. Dez. (Per „Canada".) Um Knoxville herum herrscht die vollste Ruhe; die Schifffahrt auf dem Tennessee war bis London, 20 Meilen von Knoxville, frei. Longstreet hat sich nach Bulls Gap zurückgezogen und wird wahrscheinlich in dem Watuga-Thale seine Winterquartiere aufschlagen; Sherman's Armeekorps, welches während der feindlichen Belagerung Knoxville's zur Entsetzung Burnside's herbeigeeilt war, ist nach Chattanooga zurückgekehrt. In dem Treffen bei Bean's Station sollen die siegreichen Konföderirten 800 Mann verloren haben; der Verlust der Bundestruppen wird (vermuthlich unterschätzt) auf 200 Mann angegeben. Südstaatliche Blätter vom 20. wollen wissen, es stehe bei Jonesborough eine Wiederholung des Kampfes zwischen Longstreet und den Bundestruppen bevor. Der Bundesgeneral Averill hat die Virginien- und Tennesseebahn bei Salem zerstört und Longstreet's Verbindung mit Richmond abgeschnitten, was die zukünftigen Operationen der Südlichen in Osttennessee, wenn nicht bald die Verbindung wieder hergestellt wird, sehr erschweren dürfte. In Westtennessee treiben die Guerillas ihr Wesen; General Forrest steht mit 6000 Mann in Jackson; Richardson macht Streifzüge gegen die Heerstraßen und Eisenbahnen, welche im Bereich der nordstaatlichen Truppen liegen.

Aus Dalton, Georgia, wird berichtet, daß General Joe Johnstone mit Verstärkungen von Meridian eingetroffen sei und das Oberkommando über die bis jetzt von Hardee befehligte Armee übernehmen werde. — Bei einem Angriff auf Fort Gibson (Arkansas) sind die Südlichen unter Standwaite zurückgeworfen worden und haben ihren Rückzug ostwärts angetreten. Doch soll Kirby Smith seine Streitkräfte sammeln, um sich gegen Fort Smith und Little Rock zu versuchen. — Die Bundestruppen sind aus dem Teche-Bezirk abmarschirt und haben nur eine Besatzung in Brashear zurückgelassen. — General Butler hat in seinem Departement die Einreihung aller waffenfähigen Bürger, weißer wie farbiger, im Alter zwischen 18 und 45 Jahren angeordnet. — Bei Charleston ist Alles beim Alten. Die Nachricht von der Zerstörung des nordstaatlichen Kanonenboots „Daglight" hat durch eine Depesche des Admirals Lee aus Monroe ihre Widerlegung erhalten. — Wie es heißt, soll an Schofield's Stelle General Rosenkranz das Kommando in Missouri übernehmen. — General Corcoran ist in Folge eines Sturzes mit dem Pferde in Fairfax Courthouse (Virginien) am 22. d. verschieden.

Mexiko.

* Nachrichten aus Mexiko vom 24. Nov. zufolge hatten die Franzosen den Feldzug mit großem Erfolg wieder eröffnet. Quaranto ward am 15. von den französisch-mexikanischen Truppen unter General Mejia besetzt, welcher mit dem französischen General Douai ohne Säumen auf San Luis de Potosi anzumarschiren beabsichtigte. Moralia im Staat Miechoacan war den Franzosen übergeben worden. General Bazaine rückte gegen Guanajuato vor; Guadalajara war von den verbündeten Mexikanern umzingelt. Der Tod des Generals Comonfort wird bestätigt.

Baden.

§* Pforzheim, 6. Jan. Die Uebungen der hiesigen jungen Männer, die sich zum freiwilligen Kampf für die Rechte der Elbe-Herzogthümer angemeldet und deren Anzahl etwa 130 beträgt, nehmen ihren regelmäßigen Fortgang, und es sind die Betreffenden entschlossen, dem an sie ergehenden Rufe Folge zu leisten. Das Interesse für die wichtige vaterländische Angelegenheit ist fortan gleich wach, und man verfolgt hier den Gang der Ereignisse mit der ganzen Aufmerksamkeit, wie sie die Sache verdient. Von den Landgemeinden vernimmt man ebenso fortan eine erfreuliche Theilnahme, und wird jüngst wieder aus Niefern von ansehnlichen monatlichen Gaben berichtet, zu welchen sich dortige Einzeichner bereit erklärt haben.

Am letzten Sonntag feierte unsere altehrwürdige „Singergesellschaft" ihren Jahrestag wieder in der früher berichteten gemüthlichen Weise. Die Mitgliederzahl, die aus allen Klassen der Bevölkerung zusammengesetzt ist, beträgt gegenwärtig 345. Für Unterstützung an hiesige bedürftige Einwohner hat die Gesellschaft, welche in den letzten Jahren ansehnliche Schenkungen zum Bau der stattlichen Leichenhalle, sowie an die hiesige Waisenanstalt machte, für dieses Jahr 99 fl. bewilligt.

Bei der anhaltenden Kälte, welche hier bereits bis über 12° R. stieg, sind unsere drei Gebirgsflüsse großentheils zugefroren und liefern den Besitzern von Eiskellern sehr schönes Eis in reicher Fülle. Es wird nicht verabsäumt, sich desselben bei Zeiten zu versichern.

†* Bruchsal, 6. Jan. Seit Beginn des, hier diesmal sehr ruhig angetretenen, neuen Jahres haben wir ordentliche Winterkälte bis zu 8 Grad R., aber dabei hellen Himmel und Sonnenschein, was gegen den stürmischen, regnerischen Dezember einen angenehmen Gegensatz bildet. Bedenklich ist aber der Umstand, daß hier gar kein Schnee liegt, und man deßhalb für die Wintersaaten nicht ohne Besorgniß ist, daß sie von der Nachts empfindlichen Kälte Schaden leiden könnten.

An den Neubauten wird rüstig fortgearbeitet, und auch die neue Eisenbahnstraße schreitet ihrer Vollendung immer mehr entgegen; namentlich sind die häßlichen Nebengebäude des städtischen Knaben-Schulhauses (des sogen. Honecker) abgebrochen worden und wird dort ein schöner freier Platz hergestellt. Die unlängst stattgehabte Generalversammlung der Mitglieder der „Vorschußkasse" hat gezeigt, daß dies, durch die gemeinnützliche Thätigkeit einiger Bürger hervorgerufene Institut von geringen Anfängen sich schon nach vierjährigem Bestehen zu solcher Bedeutung entwickelt hat, daß im letzten Jahre fast eine halbe Million umgeschlagen wurde. Wegen Erkrankens des seitherigen sehr verdienten Rechners, Hrn. Kaufmann A. Gutsch, wurde Hr. Alt-Bürgermeister Weber zu diesem Amte gewählt.

Mannheim, 7. Jan. (Mnnh. J.) Heute gegen 11 Uhr Vormittags hat sich hier das Rheineis gestellt.

Freiburg, 6. Jan. (Oberrh. Kur.) Heute fand die Wahl des Kommandanten der hiesigen Feuerwehr statt. Dieselbe fiel mit 212 Stimmen (gegen etwa 5) auf Hrn. Kaufmann Anton Maier.

Heute wurde der Landpost-Bote Flamm von Zähringen erfroren gefunden, nachdem er schon zwei Tage vermißt war.

Vermischte Nachrichten.

— Mainz, 5. Jan. (Frkf. J.) In dem Prozeß Warburg wurden heute weitere 24 Zeugen vernommen (im Ganzen bis jetzt 37). Ueber die Persönlichkeit Warburg's sagt das Zeugniß des Polizeiraths Andr. Künstler: daß er Sohn des hiesigen Hafeninspektors Warburg, 1809 geboren sei, dann 7 Jahre lang die Seminarschule besucht habe, worüber Zeugnisse vorliegen, die meistens auf „genügend" lauten. Warburg erlernte später die Schriftsetzerei, welches Geschäft er wegen Augenschwäche wieder aufgab; er lebte längere Zeit auswärts, auch in London und der Schweiz; vor 8 Jahren nach Mainz zurückgekehrt, beschäftigte er sich als Schreiber; wegen Verdienstlosigkeit wurde er am 1. Mai 1861 in's Invalidenhaus aufgenommen, aus dem er 1862 wieder austrat, nachdem er auf dem Bureau, „weil er kein Vertrauen mehr verdiene", nicht mehr beschäftigt wurde. In sittlicher Beziehung sei ihm nichts vorzuwerfen, doch solle er hinterlistigen Charakters sein, sagt der polizeiliche Bericht.

Karlsruhe, 6. Jan. Nach der so eben erschienenen Uebersicht der im großh. Hoftheater zu Karlsruhe und im Theater zu Baden vom 1. Jan. bis 31. Dez. 1863 stattgehabten Aufführungen wurden in Karlsruhe 150 Vorstellungen gegeben, 144 im Abonnement und 6 außer Abonnement; außerdem fanden 1 Maskenball und 3 Konzerte statt. Es fallen davon 37 auf die ernste Gattung des Schauspiels, 43 auf die heitere, 48 auf die große Oper, 22 auf die heitere musikalische Gattung. Außer Abonnement wurden gegeben: 1 Vorstellung zum Besten der Stadtarmen, 2 Vorstellungen für den Pensionsfond, 3 kostspielige sonstige Aufführungen, 1 Konzert für den Orchester-Unterstützungsfond, 2 Konzerte des Hrn. Richard Wagner, 1 Maskenball. Im Theater in Baden wurden im Verlauf des Jahres, gewöhnlich Mittwochs, 41 Vorstellungen, darunter 19 Opern und 22 Schau- und Lustspiel-Vorstellungen, gegeben. Abänderungen am Tage der Vorstellungen kamen 5 vor. Das Schauspiel hielt 1 Vorlesung, 22 Lese- und 200 Theaterproben. Die Oper hielt 2 Vorlesungen, 4 Lese-, 93 Klavier- und 90 Theaterproben. Das Orchester hielt 44 abgesonderte Musikproben.

Neu angestellt wurden im Schauspiel: Hr. O. Devrient, Hr. Th. Löwe, Frln. L. Rönnenkamp. In der Oper: Frau Eiswaldt, Frln. Schenk (zum 1. April 1864), Frau Braunhofer (zum 1. Mai 1864).

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

6. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28"1,70'''	— 8,0	N.O.	rein	heiter, kalt.
Mittags 2 „	„ 1,30'''	— 2,5	„	„	„ „
Nachts 9 „	„ 1,20'''	— 5,0	„	„	„ „

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 8. Jan. 1. Quartal. 5. Abonnementsvorstellung. **Don Juan**; große Oper in 2 Akten, von Mozart.

Z.d.360. Mit Beginn des Jahres 1864 erscheint und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter zu beziehen, in **Karlsruhe** durch die **G. Braun'sche Hofbuchhandlung**, woselbst Probehefte ausgegeben werden:

Deutsche Roman-Zeitung,

enthaltend die neu erscheinenden Romane der angesehensten und beliebtesten Deutschen Schriftsteller, sowie auch die ganz besonders hervorragenden Romane des Auslandes in deutscher Original-Bearbeitung.

Achttäglich ein Heft von 5 großen Bogen in 4to (**doppelspaltig**) **schöner Druck** auf feinem **Velinpapier.** — **Preis** für 60 Bogen (gleich 150 **gewöhnlichen Romanbogen**)

vierteljährlich nur 1 fl. 48 kr. oder Neun Kreuzer achttäglich.

Zu diesem geringen Preis (6 Pfennige für den glänzend ausgestatteten Zeitungsbogen, oder nur 2½ Pfennige für den gewöhnlichen Romanbogen!!) wird dem Publikum ein nützliches Unternehmen geboten, wie solches bisher noch in keiner Weise existirt hat und auch weder in Frankreich noch in England zu finden ist.

☞ **Die Romane der anerkanntesten und beliebtesten Schriftsteller, welche, wenn sie in gebräuchlicher Buchform erschienen, circa 50—60 Thaler kosten würden, werden für den geringen Preis von nur 7 fl. 12 kr. jährlich, oder 1 fl. 48 kr. vierteljährlich, oder 9 Kreuzer achttäglich, also für den üblichen Leihbibliothek-Abonnementspreis, den Abonnenten der Roman-Zeitung dargeboten!!**

Die Verlagshandlung wird durch dies gewiß zeitgemäße große Unternehmen den **Deutschen Roman**, welcher bisher des theuern Preises wegen **nur für größere Leihbibliotheken oder sehr reiche Privatleute** vorhanden war, dem großen Publikum **als Eigenthum** zugänglich machen.

Der erste Jahrgang wird folgende neu erscheinende Romane beliebter und gefeierter Schriftsteller enthalten:

Friedrich Bodenstedt (der berühmte Verfasser von „1001 Tag im Orient" — „Mirza-Schaffy-Lieder" u. a.), **Deutsche Wandlungen.** 3 Bände. — **L. Mühlbach, Prinz Eugen der edle Ritter.** 4 Bände. — **Jacob Corvinus** (W. Raabe), (Verf. der: „Chronik der Sperlingsgasse"), **Der Hungerpastor.** 3 Bände. — **Marie Sophie Schwartz** (neuester Roman dieser berühmten Schwedischen Schriftstellerin), **Gold und Name.** 3 Bände. — **Edmund Hoefer, Herr Aeltermann Ryke.** Erzählung aus dem Jahr 1806. 3 Bände. — **George Hesekiel, Vier Junker.** 3 Bände. **Robert Heller, Der Alte von Podhorn.** 2 Bände. — **Otto Müller, Die Professorin von Heidelberg.** Historischer Roman aus der Reformationszeit. 2 Bände. — **Heribert Rau, Garibaldi, Italiens Schwert und Schild.** 3 Bände. — **Max Ring, Sand und seine Freunde.** 2 Bände. — **Herman Schmid** (der beliebte Verfasser von: „Die Huberbäuerin", „Der Holzgraf", „Das Schwalberl", „Mein Eden", „Kanzler von Tyrol" 2c.), **Friedel und Oswald.** 2 Bände. — **Dessen: Im Morgenroth.** 1 Band. — **(12 große Romane in 31 Bänden!)**

Ferner werden Romane und Novellen für die „Roman-Zeitung" liefern: **Fanny Lewald, Alfred Meißner, Louise Otto, Herman von Maltitz, Arnold Schloenbach, Robert Griepenkerl, Adolph Zeising, Fr. Tietz, Georg Horn, Ferd. Pflug** und andere bekannte Schriftsteller, mit welchen die Verlagshandlung bereits Verbindungen angeknüpft hat.

Die **„Deutsche Roman-Zeitung"** soll ein **Familienschatz** im wahren Sinne des Wortes sein und wird (240 große Zeitungsbogen = 600 Romanbogen stark!) eine Zierde jeder Bibliothek bilden.

Die Ausgabe wird alle acht Tage **regelmäßig** stattfinden.

Verlag von Otto Janke in Berlin.

Z.d.364. **Frankfurt am Main.**

Bekanntmachung.

Der Unterzeichnete vollzieht durch sein Comptoir gegen die ihm gesetzlich zustehende Provision von **Ein vom Tausend:** den **An-** und **Verkauf** von **Wechseln**, von **Staatspapieren** per comptant und auf Zeit, die Verwerthung von **Coupons**, sowie das **Discontiren** von Wechseln zum **Börsendiscontosatze;** auch besorgt derselbe **Vorschüsse** auf Werthpapiere.

Joh. Thomas Schwahn,
beeidigter Wechsel-Sensal.

Z.d.365.

Eidgenössische Bank,

konstituirt in Bern mit einem Kapital von 60 Millionen Franken.

1te Emission.

30,000,000 Franken, eingetheilt in **60,000 Aktien** von 500 Frs. jede. Von diesen 60,000 Aktien sind 30,000 bereits durch die Gründer der Gesellschaft fest placirt. Die übrigen 30,000 Aktien werden **vom 11. bis 15. Januar** zur öffentlichen **Souscription** aufgelegt.

Jede Souscription muß mit einer Einzahlung von 25 Franken pr. Aktie begleitet sein.

Nach Schluß der Zeichnung werden au porteur und auf je 500 Frs. lautende Aktien mit je 100 Frs. Einzahlung gegen Rückgabe der Recipisse und der Resteinzahlung ausgeliefert, unter Repartition im Fall der Ueberzeichnung.

In **Frankfurt a. M.** ist die Souscription eröffnet bei dem **Bankhause Raphael Erlanger** und werden daselbst die Zeichnungen **vom 11. bis 15. Januar,** Nachmittags 3 Uhr, entgegengenommen.

Z.d.340. In der **G. Braun'schen Hofbuchhdlg.** in **Karlsruhe** ist vorräthig:

Auguste,

Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin.

Ein Lebensbild entworfen von

K. Jahn, Oberhofprediger.

3. Aufl. Preis 30 kr. Eleg. geb. 1 fl.

Sogleich nach Veröffentlichung der neuen Gesetze über die Ergänzung und Abänderung der bürgerlichen Prozeßordnung und die Gerichtsverfassung wird in der unterzeichneten Buchhandlung erscheinen:

Das

mündliche Verfahren

vor dem Unterrichter (Amtsrichter)

in

bürgerlichen Streitsachen

nach

der neuen badischen Gesetzgebung

dargestellt und erläutert

von

Eduard Brauer,
Hofgerichtsrath.

Zweite, völlig umgearbeitete Auflage, mit einer Ueberschau der neuen Gerichtsververfassung und Formularien für nicht rechtsgelehrte Personen.

G. Braun'sche Hofbuchhandlung
in **Karlsruhe.**

Gesuch. Z.d.346. Ein tüchtiger junger Mann, der im Kurzwaarenfache bewandert ist, und dem man vertrauensvoll kleinere Geschäftsreisen übertragen kann, wird sofort zu engagiren gesucht. Franko Offerten Nr. 345 nebst Beilage der Zeugnisse befördert die Expedition dieses Blattes.

Z.d.356. Freiburg i. B.

Anzeige und Empfehlung.

Durch Anschaffung einer **Dampfmaschine** bin ich in den Stand gesetzt, alle Gattungen Möbel, als: Kommoden, Chiffonniers, Bettstätten, Tische, Kanapees, Sessel 2c., auf das **schnellste, billigste** und **beste** liefern zu können.

Freiburg i. B.

Wilh. Mayer, Schreinermeister.

Anerbieten.

Z.d.351. In ein lukratives Geschäft, welches sich einer vorzüglichen Frequenz erfreut, wird zur größern Ausdehnung ein Theilhaber mit thätigem Antheil am Geschäft oder eine Einlage von 800 fl. bis 1000 fl. unter ganz vortheilhaften Bedingungen gesucht. Gefällige Offerten beliebe man unter Chiffre P. Z. franko an die Expedition dieses Blattes einzusenden.

Commisstelle.

Z.d.367. Ein achtbarer und kenntnißvoller junger Mann, der seine Lehre in einer Material-, Farb- und Spezereiwaaren-Handlung bestanden, hierin ein guter Detaileur ist, und gehörige Comptoirwissenschaften besitzt, kann in der Eigenschaft als Commis placirt werden.

Nähere Auskunft ertheilt in frankirten Briefen die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Stelleantrag.

Z.d.368. Mit einer Kaution in baarer Einlage von 300 fl. findet ein junger Mann eine angenehme Stellung mit entsprechendem Salair. Anfragen beliebe man unter Chiffre A. B. 100 an die Expedition dieses Blattes zu senden.

Z.d.371. Nancy.

Avis.

Als deutsche Korrespondenten, Reisende u. s. w. können junge Kaufleute sofort Engagement finden durch **Gg. Belle,** place St. George No. 87 à Nancy.

Z.d.337. Bretten.

Berichtigung.

In mehreren Kalendern ist die Abhaltung der Viehmärkte in Bretten unrichtig angegeben.

Die Viehmärkte werden jeweils am zweiten Montag in jedem Monat dahier abgehalten, wie früher schon bekannt gemacht worden ist.

Bretten, den 4. Januar 1864.

Der Gemeinderath.
Fritz.

Z.d.358. Karlsruhe.

Schwarzwildpret.

Von der im großh. Wildpark abgehaltenen Wildschweinsjagd werden ganze Schweine ungebrannt à 24 kr. per Pfund, gebrannt à 26 kr. per Pfund verkauft.

Auch Bestellungen von auswärts auf einzelne Pfunde werden auf das beste besorgt.

Richd. Haas,
Hofwildpretpächter.

Z.d.361. Nr. 1. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Höherem Auftrag zufolge sollen nachstehende alte Materialien im Soumissionswege verwerthet werden, und zwar:

1) ca. 900 Ztnr. Schmelzeisen mit oder ohne alte schmiedeisernen Roststäben, im Gewicht von beiläufig 400 Ztnr.,
2) ca. 70 Ztnr. altes Wegübergangseisen,
3) „ 40 „ alte Achsen,
4) „ 20 „ „ Wagenpuffer,
5) „ 20 „ „ Excenterkurbeln,
6) „ 20 „ „ Leitschienen,
7) „ 8000 „ Schienenstücke von 40''' und 32''' hohen Vollschienen,
8) ca. 60 Ztnr. Achsenhalter,
9) „ 400 „ alte Radreife,
10) „ 20 „ „ Schraubennägel,
11) „ 200 Paar „ Wagenräder mit Achsen,
12) „ 200 „ „ Wagenfedern in ganzen Bündeln und einzelnen Blättern,
13) ca. 20 Ztnr. Federstahlabfälle,
14) „ 15 „ alter Feilenstahl,
15) „ 50 „ alte Feuerbüchsen (altes Kupfer),
16) „ 60 „ altes Metall,
17) „ 6 „ Metalldrehspäne,
18) „ 400 „ altes Gußeisen mit oder ohne Einschluß von etwa 300 Ztnr. alten Roststäben,
19) ca. 500 Ztnr. altes Blech.

Angebote auf diese Materialien sind versiegelt und mit Aufschrift „Angebot auf altes Material" versehen längstens bis

Montag den 18. Januar 1864,
Vormittags 9 Uhr,

bei unterzeichneter Stelle einzureichen.

Die zum Verkaufe ausgesetzten Materialien können bei dem hiesigen Eisenbahn-Hauptmagazin eingesehen werden.

Die der Vergebung zu Grunde liegenden Bedingungen liegen bei unterzeichneter Stelle zur Einsicht auf.

Karlsruhe, den 2. Januar 1864.

Verwaltung der großh. Eisenbahn-Hauptwerkstätte und des Hauptmagazins.

Der Vorstand: Obser. — Der Verwaltungsbeamte: Adam. vdt. Biesele.

Z.c.173. Nr. 55. Villingen. (Versäumungserkenntniß.) Dingliche Rechte, lehenrechtliche und fideikommissarische Ansprüche an drei Vierling Acker im Wieselsberg der Ochsenwirth Rieggger's Eheleute dahier in hiesiger Gemarkung werden Letztern gegenüber ausgeschlossen.

Villingen, den 22. Dezember 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Geppert.

Z.c.160. Nr. 17,454. Waldshut. (Versäumungserkenntniß.) J. S. der Klosterverwaltung Rheinau gegen Unbekannte, Eigenthumsansprüche betr. Mit Bezug auf die diesseitige Aufforderung vom 3. Oktober d. J., Nr. 13,492, werden bezüglich der darin bezeichneten Grundstücke alle lehenrechtlichen oder fideikommissarischen Ansprüche oder dinglichen Rechte für die Aufgeforderten im Verhältniß zu dem neuen Erwerber, dem Staate Zürich, für erloschen erklärt. Waldshut, den 30. Dezember 1863.

Großh. bad. Amtsgericht. v. Wänker.

Z.c.129. Nr. 21. Ettenheim. (Bekanntmachung.) Auf Ableben der Barbara Gänshirt von Mahlberg hat ihr Ehemann Ludwig Färber durch seinen Bevollmächtigten Georg Gäßler von dort um Einsetzung in Besitz und Gewähr ihrer Verlassenschaft gebeten. Etwaige Einwendungen hiegegen sind

binnen 8 Wochen

dahier vorzubringen, als sonst dem Gesuche entsprochen würde.

Ettenheim, den 30. Dezember 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Himmelspach.

Z.c.175. Nr. 8921. Krautheim. (Erbvorladung.) Sebastian Bundschuh von Schwabhausen, zur Zeit in Amerika unbekannt wo sich aufhaltend, ist zur Erbschaft seines verstorbenen Vaters Karl Bundschuh von da berufen und wird hiermit öffentlich aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben

innerhalb drei Monaten

zu stellen, widrigenfalls solche lediglich Denjenigen werde zugetheilt werden, denen solche zukäme, wenn der Vorzuladende zur Zeit des Erbanfalls gar nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Krautheim, am 31. Dezember 1863.

Großh. bad. Amtsreviserat.
Schleinkofer.
Meirner, Notar.

Z.c.170. Nr. 331. Bruchsal. (Aufforderung.) Die Konskriptionspflichtigen

Ludwig Heinrich Kull von Heidelsheim,
Jakob Kreppein von Bruchsal,
Georg Heinrich Kling von da,
Johann Georg Streker von da,
Wolf Wilhelm Grün von da,
Karl Theodor Körner von Oestringen,
Jakob Sulzberger von Odenheim,
Hirsch Brand von da,
Joseph Seefried von Helmsheim, und
Joseph Heneka von Neuthardt

sind bei der am 19. d. Mts. dahier stattgehabten Rekrutenaushebung unentschuldigt ausgeblieben.

Dieselben werden daher aufgefordert, sich

innerhalb 6 Wochen

dahier zu stellen, widrigenfalls sie der Refraktion für schuldig und des Orts- und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in die gesetzliche Strafe von 800 fl. verfällt würden. Zugleich wird das Vermögen der Genannten mit Beschlag belegt.

Bruchsal, den 30. Dezember 1863.

Großh. bad. Oberamt.
Leiber.

Z.c.174. Nr. 401. Freiburg. (Aufforderung.)

Die Konskription pro 1864 betr.

Bei der am 2. d. M. stattgehabten Rekrutenaushebung ist der Konskriptionspflichtige Andreas König von Breitnau mit Loos-Nr. 24 unerlaubt ausgeblieben. Derselbe wird aufgefordert, sich

binnen 4 Wochen

dahier zu stellen, widrigenfalls er des badischen Staatsbürgerrechts verlustig erklärt, in eine Vermögensbuße von 800 fl. und in die veranlaßten Kosten verfällt werden würde.

Die Beschlagnahme seines Vermögens ist angeordnet.

Freiburg, den 3. Januar 1864.

Großh. bad. Landamt.
Hippmann.

Z.d. 353. Thiengen. (Dekopistenstelle.) Bei diesseitiger Verrechnung ist die Dekopistenstelle mit einem Jahresgehalt von 300 fl. in Erledigung gekommen und soll sofort wieder besetzt werden.

Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse in Bälde melden.

Thiengen, den 6. Januar 1864.

Großh. Hauptsteueramt.

Frankfurt, 6. Jan. 1863.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.-Hess.	5% Obligation.	101 P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	4% dto.	99¾ P.
„	5% do. 1852 in Lst.	77⅛ P.	„	3½% dto.	94 P.
„	5% do. 1859 „ „	76 b.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101½ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	90½ G.	„	4½% dto.	101⅜ P.
„	5% Benet. C. b. R. 6/7	77⅞ P.	„	4% dto.	99⅜ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	64⅛ b.	„	3½% dto.	92 P.
„	5% Met.-Obligat.	57¾ G.	Brschw.	3½% O. b. R. à 105	90⅞ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	58 G.	Lrbg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. C.	90¼ P.
„	4½% Met.-Oblig.	50¾ G.	Frankf.	3½% Obligation.	97 G.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	102¾ G.	„	3% dto.	90 P.
„	4½% do.	99 G.	Rußl.	5% Obl. in L. à fl. 12	86 P.
„	4% do.	— —	Finnl.	4½% Obl. i. R. à 105	85 P.
„	3½% Staatsch.	— —	Span.	3% inl. Schuld	50⅜ P.
Bayern	4½% 1jährig.	101¼ P.	„	2% Schuld	46 P.
„	4½% ½jährig	101⅜ P.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100¼ P.
„	4% 1jährig	99⅜ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28.	— —
„	4% ½jährig	99⅜ P.	Schwd.	4½% Obligation.	94⅛ P.
„	4% Ablös.-Rente	99⅜ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & C.	94 P.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% C. O. Fr. à 28 kr.	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	104¼ P.	„	4½% Bern. St.-O.	101⅛ P.
„	4% dto.	101¼ P.	„	4% dto.	— —
„	3½% dto.	94¼ P.	„	5% G. St. O. Fr. 26	96½ G.
Baden	4% Obligation.	100 P.	N.-Am.	6% St. i. D. à fl. 2. 30	— —
„	3½% dto. v. 1842	93½ P.	„	5% do. 1871 u. 74	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3%	Frankfurter Bank	133⅛ P.	3%	Oest. St.-Eisenb.-Prior.	49⅞ P.
5%	Oesterr. Bank-Aktien	754 P.	3%	Oest. Süd. St. u. Lom. EB	50⅝ P.
3%	„ Cred. A. i. O. W.	171 b. G.	5%	Elisabethbahn-Prior. 6/7	75½ G.
4%	Bayr. Bank à fl. 500	— —	5%	do. neueste Emiss. 6/7	71⅜ G.
3%	Darmst. B.-A. à fl. 250	212 G.	5%	Böh. W.-B. B. i. S. b. R. 6/7	79⅝ G.
4%	Weimar. Bank-Aktien	87 P.	4½%	Hess. Ldwgsb.-Prior.	100½ G.
4%	Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	92 P.	1%	Oest. Lb. 1. Pr.-O. i. Silb.	— —
4%	Luxemb. Bank-Aktien	— —	5%	„ „ 2. „ „	76 P.
Span.	H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½%	Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	101¼ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250		321 G.	4%	„ „ „ „	97⅝ P.
3½%	Frankf.-Han. Esnb.-A.	95½ G.	4½%	Rhein-Naheb. Pr. O.	93½ P.
5%	Oesterr. Staats-Esnb.-A.	185 G.	4½%	Frkft.-Han. Prior. O.	— —
5%	Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	108½ G.	5%	Ital. R. 20% Enz. Fr. à 28	— —
Rhein-Nahe-Bahn		24 P.	4%	Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	248½ G.
4%	Ldwh.-Berb. Eisenbahn	135¼ P.		Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½%	Pf. Mar.-Esb.-A. b. R.	104⅛ G.	4½%	Bayer. Ostb. 30% „	108⅛ P.
4½%	Bayer. Ostbahn-Aktien	108 P.	3%	Deutsch. Phönix 20% „	156 G.
4%	Hess. Ludwigsbahn	122⅞ P.	4%	Frkf. Provident. 10% „	92½ P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.		— —		Frkf. Hypothekenb. 25% „	100½ G.

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	114¾ P.
„ 250 „ „ 1854	71¼ b. G.
„ 100 „ Pr. L. 1858	132½ G.
„ 500 „ v. 1860 6/7	76⅛ b.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9½ P.
Bad. 50-fl.-Loose	109½ G.
„ 35- „ „	52¼ G.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	53¾ P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	129¾ G.
„ 25 „ „ „	39 P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	38½ G.
Sard. 36 Fr. L. b. B.	58½ P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	34 P.
3% L. A. d. St. Brüss.	95 P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	34½ P.
3% Bordeaux 100 Fr	88⅜ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11⅜ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	99½ B.
Antwerpen	„	93 G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99⅞ B.
Berlin	„	105 B.
Bremen	„	96¼ P.
Brüssel	„	93 G.
Cöln	„	105 B.
Hamburg	„	88¼ G.
Leipzig	„	104⅜ G.
London	„	117⅜ B.
Mailb. i. Fr. 200	„	92⅞ B.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	92¼ G.
Wien	„	95⅜ G.
Disconto		4½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 38	-39
Preuß. Frd'or.	„	9 56	-57
Holl. fl. 10 St.	„	9 44½	-45½
Rand-Ducat.	„	5 32	-33
20-Frankenst.	„	9 19	-20
Engl. Sover.	„	11 40	-44
Gold pr. Zpfd.	„	804	-9
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 6	-36
Preuß. Cassch.	„	1 44⅞	-45⅛
Doll. in Gold	„	2 25	-26

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.